

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>GRÜNE</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>01</b>
-----------------	--------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>
<b>Entschließungsantrag: Zurückverweisung des Haushaltsentwurfs 2026 an den Magistrat</b>

<b>Beschlusstext</b>
Der vorgelegte Entwurf des Haushalts 2026 wird an den Magistrat zurückverwiesen mit der Maßgabe, das Haushaltssicherungskonzept unter Berücksichtigung der aktuellen Finanzlage auszuarbeiten.
Dabei soll auch eine externe Beratung in Anspruch genommen werden, um insbesondere folgende Punkte zu bewerten:
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzlage im Gesamtkontext der kommunalen Finanzkrise,</li> <li>• Konsolidierungsmöglichkeiten in Dreieich mit Prozessanalyse zur Ermittlung von Verbesserungspotentialen,</li> <li>• Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung (inkl. Umsetzungsplan).</li> </ul>
Im Zuge der externen Beratung wird ein Projektsteuerungskreis aus Verwaltung und Politik eingerichtet.
Die erforderlichen Maßnahmen und Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität und für Klimaanpassung sind einzuplanen.
Der Haushalt soll eingebracht werden, sobald die oben genannten Schritte eingeleitet sind. Mit der Einbringung eines überarbeiteten Haushalts werden die vom Magistrat vorgeschlagenen Konsolidierungsmaßnahmen einzeln zur Abstimmung gestellt.

<b>Begründung</b>
Der eingebrachte Haushalt weist ein Defizit von über 12 Mio EUR im Ergebnis auf. Bei einfacher Fortschreibung sind die Rücklagen voraussichtlich 2028 aufgebracht, so dass dann kein Haushaltausgleich mehr möglich ist.
Die in der Einbringung des Haushalts vorgelegten Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ebene Stadt sind keine ausreichende Basis. Sie beinhalten einen Verzicht auf Zukunftsinvestitionen und zeigen keinen Prozess zur weiteren Einordnung oder Beratung möglicher weiterer Konsolidierungsmaßnahmen auf.
Für eine externe Bewertung kann beispielsweise die Beratung durch den hessischen Rechnungshof (kostenlos), die PD-Berater der öffentlichen Hand GmbH (Dreieich ist Gesellschafter) oder andere geeignete Beratungsgesellschaften mit Expertise bei der Beratung von Kommunen beauftragt werden.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>02</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	<b>Entschließungsantrag: Inanspruchnahme der „Kommunalen Beratungs- und Unterstützungsstelle – Partner der Kommunen“</b>
----------------	--

<b>Beschlussstext</b>	
Der Magistrat wird beauftragt bei der „Kommunalen Beratungs- und Unterstützungsstelle - Partner der Kommunen“ beim Hessischen Ministerium des Innern, für Sicherheit und Heimatschutz eine kostenlose Beratung zur Haushaltsslage der Stadt einzuholen. Das Ergebnis soll wenn möglich bis zur Sommerpause 2026 bzw. spätestens rechtzeitig zu den Haushaltsplanberatungen für 2027 vorliegen.	

<b>Begründung</b>	
<p>Beschreibung des Angebots: „Als Grundlage der Haushaltsberatung fungiert der zuletzt beschlossene Haushaltsplan. Neben einer Betrachtung der finanziellen Rahmenbedingungen und dem Status Quo der aktuellen Haushalts- und Finanzlage der Kommune schließt sich eine interkommunal vergleichende Haushaltsanalyse an. Auf Basis der Produktbereiche (Aufgabenbereiche) werden die Ergebnisse mit ähnlich strukturierten und gleich großen Kommunen verglichen. Die als auffällig identifizierten Produktbereiche werden unter Berücksichtigung der spezifischen Besonderheiten vor Ort dargestellt und analysiert.“</p> <p>Sollten hierbei Informationen entstehen, die den Entscheidungsträgern in Dreieich noch nicht bekannt sind, so stellen diese einen Informationsgewinn für die nächste Haushaltsberatung dar. Falls nicht, sind zumindest keine teuren Beraterkosten entstanden.</p>	

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>FDP</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>03</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	
<b>Entschließungsantrag: Externe Hilfe nutzen / Gutachten</b>	

<b>Beschlussstext</b>
Die Stvv. möge beschließen:
<p>Angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung wird die Verwaltung beauftragt, externe Hilfe zu nutzen. Dies soll u.a. durch Inanspruchnahme der kostenlosen (!) Haushaltsberatung des kommunalen Beratungszentrums des Landesrechnungshofes geschehen.</p> <p>Kernziel der dortigen Haushalts- bzw. Konsolidierungsberatung ist der Erhalt oder die Wiedererreichung eines ausgeglichenen ordentlichen Ergebnisses der beratenen Kommune. Politische Gestaltungsspielräume sollen so erhalten und ausgebaut werden.</p>

<b>Begründung</b>
<p>Die mittel- und langfristige Finanzplanung zeigt, dass die sich die bereits jetzt schon negative Haushaltslage weiter dramatisch verschlechtern wird und – so es nicht gelingt, das „Ruder herum zu reißen“ – weitere erhebliche Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werden. Es ist unsere Aufgabe als Stadtparlament, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, sondern alle anderen Optionen inkl. der Optimierung von Kostenstrukturen/ Produktionsprozessen ergebnisoffen zu prüfen.</p> <p><b>Die Inanspruchnahme professioneller externer Hilfe ist aufgrund der Dramatik der Situation unverzichtbar.</b></p> <p>Im Sinne unserer Verantwortung als gewählte Volksvertreter hat dies zu geschehen, BEVOR weitere von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragende Abgabenerhöhungen diskutiert oder beschlossen werden können.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	FDP	<b>Lfd. Nr.</b>	04
<b>Bezug Seite</b>			

Produktnummer	Produktbezeichnung

Konto bzw. Auftrag	Bezeichnung

Betreff
Entschließungsantrag: Einsparungspotentiale evaluieren

Beschlussstext
<p>Die Stvv. möge beschließen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung wird die Verwaltung beauftragt, Einsparungspotentiale in Höhe von rund 10% der städtischen Kosten zu evaluieren.</li> <li>2. Dazu sollen explizit auch „ungegewöhnliche“ Wege gegangen werden, wie z.B. <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ideenwettbewerb für die städtischen Mitarbeiter, bei dem sinnhafte Einsparvorschläge mit Prämien belohnt werden</li> <li>- Benchmarking mit anderen Kommunen</li> <li>- Evaluierung, welche Leistungsprozesse digitalisiert werden können bzw. welche Kosteneinsparungen dadurch erreicht werden können</li> <li>- Abplanung von wünschenswerten, aber aktuell zu kostenintensiven Investitionen</li> <li>- Evaluierung des Ausbaus der IKZ auf weitere Bereiche</li> </ul> </li> </ol>

Begründung
<p>Die mittel- und langfristige Finanzplanung zeigt, dass die sich die bereits jetzt schon negative Haushaltslage weiter dramatisch verschlechtern wird und – so es nicht gelingt, das „Ruder herum zu reißen“ – weitere erhebliche Belastungen auf die Bürgerinnen und Bürger zukommen werden. Es ist unsere Aufgabe als Stadtparlament, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, sondern alle anderen Optionen inkl. der Optimierung von Kostenstrukturen/ Produktionsprozessen ergebnisoffen zu prüfen.</p> <p>Einsparungen gehören angesichts der Haushaltslage zwingend dazu.</p> <p>Im Sinne unserer Verantwortung als gewählte Volksvertreter hat dies zu geschehen, BEVOR weitere von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragende Abgabenerhöhungen diskutiert oder beschlossen werden können.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>FDP</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>05</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>
<b>Entschließungsantrag:</b> Konnexitätsverstößen widersprechen, neue Aufgaben nur nach voller Kostenübernahme durchführen, Entschädigung für Kosten der Verschuldung

<b>Beschlusstext</b>
Die Stvv. möge beschließen:
<p>1. Angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung wird die Verwaltung beauftragt, zukünftig allen von externer Stelle (Land/Bund/EU) neu übertragenen Aufgaben oder jeder Erweiterung von Aufgaben, die nicht volumnfänglich von diesen Stellen finanziert werden, zu widersprechen, die vollständige Finanzierung einzufordern und erst NACH Zusage die jeweilige Maßnahme umzusetzen.</p> <p>2. Ferner sind alle Zinskosten, die der Stadt für bisher übertragene, nicht entsprechend finanzierte Aufgaben entstanden sind, den jeweiligen „Auftraggebern“ in Rechnung zu stellen</p>

<b>Begründung</b>
<p>Die mittel- und langfristige Finanzplanung zeigt, dass die sich die bereits jetzt schon negative Haushaltslage weiter dramatisch verschlechtern wird und – so es nicht gelingt, das „Ruder herum zu reißen“ – weitere erhebliche Belastungen auf die Bürginnen und Bürger zukommen werden. Es ist unsere Aufgabe als Stadtparlament, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, sondern alle anderen Optionen inkl. der Optimierung von Kostenstrukturen/ Produktionsprozessen ergebnisoffen zu prüfen.</p> <p><b>Gegenwehr gegen die Plünderung des städtischen Haushalts durch staatliche Aufgabenübertragung ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich gehört dazu!</b></p> <p>Im Sinne unserer Verantwortung als gewählte Volksvertreter hat dies zu geschehen, BEVOR weitere von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragende Abgabenerhöhungen diskutiert oder beschlossen werden können.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>FDP</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>06</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	
<b>Entschließungsantrag: Stellenplan reduzieren</b>	

<b>Beschlussstext</b>
Die Stvv. möge beschließen:
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Angesichts der dramatischen Haushaltsentwicklung wird die Verwaltung beauftragt, im Stellenplan 2026 alle eingeplanten, aber am 1. November 2025 nicht besetzten Stellen, die länger als ein halbes Jahr nicht besetzt werden konnten, zu streichen. Ausgenommen wird davon nur der Bereich Kitapersonal.</li> <li>2. Der Magistrat wird ferner beauftragt, die Aufgaben der verbleibenden Stellen in Verbindung mit der laufenden Re-Organisation entsprechend anzupassen.</li> </ol>

<b>Begründung</b>
Die mittel- und langfristige Finanzplanung zeigt, dass die sich die bereits jetzt schon negative Haushaltslage weiter dramatisch verschlechtern wird und – so es nicht gelingt, das „Ruder herum zu reißen“ – weitere erhebliche Belastungen auf die Bürginnen und Bürger zukommen werden. Es ist unsere Aufgabe als Stadtparlament, dieser Entwicklung nicht tatenlos zuzusehen, sondern alle anderen Optionen inkl. der Optimierung von Kostenstrukturen/ Produktionsprozessen ergebnisoffen zu prüfen.
<p><b>Der Stellenplan ist die Position des Haushalts mit den am Abstand höchsten laufenden Fixkosten. Er wächst kontinuierlich und weist für 2026 501,7 Planstellen aus. Aktuell besetzt sind 388,6 Stellen. Hier ist eine Umsteuerung und die Rationalisierung bei der Erbringung der städtischen Leistungen angesichts der Lage unumgänglich.</b></p> <p>Im Sinne unserer Verantwortung als gewählte Volksvertreter hat dies zu geschehen, BEVOR weitere von den Bürgerinnen und Bürgern zu tragende Abgabenerhöhungen diskutiert oder beschlossen werden können.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>07</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030202	Umwelt- und Energiemanagement

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	
<b>Entschließungsantrag: Errichtung eines Starkregenfrühwarnalarms in Dreieich</b>	

<b>Beschlussstext</b>	
Der Magistrat wird beauftragt am Hengstbach einen Starkregenfrühwarnalarm zu planen, installieren und hierfür entsprechende Fördermittel aus dem Bereich des Hessischen Ministeriums für Digitales und Innovation zu beantragen.	

<b>Begründung</b>	
<p>Im Landkreis Fulda wurde mit finanzieller Unterstützung durch das Land Hessen ein Starkregenfrühalarm installiert. Das System misst in Echtzeit Niederschlag, Pegelstände und Abflussverhalten und kombiniert diese Daten mit den Werten des Deutschen Wetterdienstes. Im Bedarfsfall löst das System in Sekundenschnelle einen Alarm bei Bürgerinnen und Bürgern, Rettungskräften und Verwaltung per SMS, E-Mail oder VoiceCall aus. Künstliche Intelligenz kommt bei der Auswertung der Daten zum Einsatz: Die Messergebnisse werden automatisiert analysiert, um den Alarmierungsprozess selbstlernend zu optimieren. Aktuell ist es das einzige System auf dem Markt, das flächig einen kompletten Landkreis bei drohender Gefahr in mehreren Stufen alarmiert.</p> <p>Ein solches System am Hengstbach wäre geeignet die Anwohner vor einem möglichen Hochwasser zu warnen und damit rasch geeignete Schutzmaßnahmen vorzunehmen.</p>	

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>08</b>
		<b>Bezug Seite</b>	<b>62</b>

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
01	Bürger und Ordnung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>

<b>Betreff</b>
<b>Entschließungsantrag: Zugänglichkeit des Bürgerbüros für die AntragstellerInnen</b>

<b>Beschlussstext</b>
Es wird empfohlen, im Bürgerbüro - neben der Online- und Telefonanmeldung - wieder grundsätzlich den Zugang ohne Terminvergabe zu ermöglichen. Bürger, die keinen Termin haben, können auf einen freien Zeitslot vor Ort warten.

<b>Begründung</b>												
<p>Sonstige Angaben  <a href="#">Online-Terminvereinbarung</a></p> <p>Öffnungszeiten</p> <table> <tr> <td>Montag:</td> <td>08:00 - 12:00 Uhr</td> </tr> <tr> <td>Dienstag:</td> <td>08:00 - 12:00 Uhr</td> </tr> <tr> <td></td> <td>14:00 - 17:00 Uhr</td> </tr> <tr> <td>Mittwoch:</td> <td>14:00 - 19:00 Uhr</td> </tr> <tr> <td>Donnerstag:</td> <td>08:00 - 12:00 Uhr</td> </tr> <tr> <td>Freitag:</td> <td>08:00 - 12:00 Uhr</td> </tr> </table> <p>Samstags (1. und 3. eines Monats): <span style="float: right;">08:30 bis 12:00 Uhr</span></p> <p>Seit einiger Zeit ist beim Besuch des Bürgerbüros ein Termin nötig, um amtliche Vorgänge zu erledigen. Dies erschien im Zusammenhang mit der Coronapandemie durchaus sinnvoll. Diese Praxis aber zur allgemeinen Regel zu machen, ist nicht bürgerfreundlich. Unserer Fraktion gehen vermehrt Klagen darüber zu, insbesondere von älteren Personen, dass Begehrende ohne Termin schlicht abgewiesen und wieder weggeschickt werden, obwohl sichtbar Personal frei verfügbar ist. Das Prinzip ist aus dem Alltag medizinischer Praxen bekannt. Es gibt Personen, die einen Termin haben und vorgezogen werden. Andere spontan auftauchende „Kunden“ müssen sich auf eine Wartezeit einstellen und werden nicht abgewiesen. Die Verwaltung ist der Dienstleister für die Bürger und sollte dies durch entsprechende Praxis signalisieren und untermauern.</p>	Montag:	08:00 - 12:00 Uhr	Dienstag:	08:00 - 12:00 Uhr		14:00 - 17:00 Uhr	Mittwoch:	14:00 - 19:00 Uhr	Donnerstag:	08:00 - 12:00 Uhr	Freitag:	08:00 - 12:00 Uhr
Montag:	08:00 - 12:00 Uhr											
Dienstag:	08:00 - 12:00 Uhr											
	14:00 - 17:00 Uhr											
Mittwoch:	14:00 - 19:00 Uhr											
Donnerstag:	08:00 - 12:00 Uhr											
Freitag:	08:00 - 12:00 Uhr											

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>09</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
990000	Allgemeine Finanzrechnung

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	Erstellung Zweitwohnungssteuer
----------------	--------------------------------

<b>Beschlussstext</b>
<p>Der Magistrat wird beauftragt eine Zweitwohnungssteuer auf dem Gebiet der Stadt Dreieich zu erstellen und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen.</p> <p>Maßgaben für die Erstellung sind:</p> <p>Steuerpflichtig sind alle Einwohner, die in Dreieich mit Nebenwohnung gemeldet sind oder eine meldepflichtige Nebenwohnung im Sinne des Hessischen Meldegesetzes innehaben.</p> <p>Der Steuersatz soll 10 % der Jahreskaltmiete betragen; bei Wohneigentum ist die ortsübliche Vergleichsmiete heranzuziehen.</p> <p>In dem Satzungsentwurf sollen Befreiungsansprüche auf Basis einschlägiger Gerichtsentscheidungen ebenso wie Ausnahmeregelungen für bestimmte Wohnungen in sozialen Einrichtungen (z.B. in Pflegeheimen) berücksichtigt werden.</p>

<b>Begründung</b>
<p>Die Zweitwohnungsteuer ist eine örtliche Aufwandsteuer, zu deren Erhebung die Kommunen kompetenzrechtlich ermächtigt sind. Besteuert wird das Innehaben einer weiteren Wohnung (Zweitwohnung) neben einer Hauptwohnung. Der Anlass für die Einführung ist die Berechnung des Gemeindeanteils am Aufkommen der Einkommensteuererträge, der auf Basis der Einkommensteuerleistungen der Bewohner ermittelt wird. Dabei werden jedoch nur Personen mit Erstwohnsitz (in Dreieich: 43.713 zum 30.6.2025 (so im Haushaltsentwurf 2026 dargestellt)) berücksichtigt, obwohl auch Einwohner mit Nebenwohnsitz (in Dreieich: 2.030) von der örtlichen Infrastruktur profitieren und die mit städtischen Steuermitteln finanzierten Einrichtungen in Anspruch nehmen. Um letztere auch an den entstehenden Kosten zu beteiligen, haben sich einige Städte und Gemeinden in Hessen bereits seit längerem für die Einführung einer Zweitwohnungssteuer entschieden.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>10</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>13</b>
--------------------	-----------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
990000	Allgemeine Finanzrechnung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
575220	Spielapparatesteuер

<b>Betreff</b>
Anhebung der Steuersätze der Spielapparatesteuер

<b>Beschlussstext</b>
Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob die Steuersätze der sog. Spielapparatesteuер entsprechend des Beispiels der Stadt Marburg/Lahn angehoben werden können, um die Einnahmen zu erhöhen.

<b>Begründung</b>															
<p>Eine Anhebung der Steuersätze im Bereich der Spielapparatesteuер kann die Einnahmeseite der Stadt verbessern, verschlechtert aber nicht die Angebotsbedingungen erwünschter und zu fördernder Wirtschaftszweige in Dreieich. Im Unterschied zu Dreieich liegen die Steuersätze in Marburg sehr viel höher:</p> <table> <thead> <tr> <th>Steuer</th> <th>Dreieich</th> <th>Marburg</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Öffentlich zugängliche Spiel- und Geschicklichkeitsapparate mit Gewinnmöglichkeit</td> <td>20 % der Bruttokasse</td> <td>20 % der Bruttokasse</td> </tr> <tr> <td>... ohne Gewinnmöglichkeit</td> <td>8 % der Bruttokasse</td> <td>10 % der Bruttokasse (höchstens 50,- €)</td> </tr> <tr> <td>Aparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten etc.</td> <td>40 % der Bruttokasse</td> <td>60 &amp; der Bruttokasse oder 500,- €</td> </tr> <tr> <td>Spielclubs, Casinos etc. je Quadratmeter</td> <td>32,- €</td> <td>40,- €</td> </tr> </tbody> </table>	Steuer	Dreieich	Marburg	Öffentlich zugängliche Spiel- und Geschicklichkeitsapparate mit Gewinnmöglichkeit	20 % der Bruttokasse	20 % der Bruttokasse	... ohne Gewinnmöglichkeit	8 % der Bruttokasse	10 % der Bruttokasse (höchstens 50,- €)	Aparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten etc.	40 % der Bruttokasse	60 & der Bruttokasse oder 500,- €	Spielclubs, Casinos etc. je Quadratmeter	32,- €	40,- €
Steuer	Dreieich	Marburg													
Öffentlich zugängliche Spiel- und Geschicklichkeitsapparate mit Gewinnmöglichkeit	20 % der Bruttokasse	20 % der Bruttokasse													
... ohne Gewinnmöglichkeit	8 % der Bruttokasse	10 % der Bruttokasse (höchstens 50,- €)													
Aparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten etc.	40 % der Bruttokasse	60 & der Bruttokasse oder 500,- €													
Spielclubs, Casinos etc. je Quadratmeter	32,- €	40,- €													

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	11
-----------------	------------	-----------------	----

<b>Bezug Seite</b>	28
--------------------	----

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
990000	Allgemeine Finanzrechnung

<b>Konto/Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
575220	Spielapparatesteuer

<b>Betreff</b>
<b>Die Einnahmen aus der Spielapparatesteuer</b>

<b>Beschlussstext</b>
„Die Einnahmen aus der Steuer werden mit 650.000 Euro angesetzt.“

<b>Begründung</b>
Mit 700.000 Euro Einnahmen ist der Ertrag zu euphemistisch angesetzt. Ein Blick auf die letzten Jahre zeigt – trotz hoher Volatilität –, dass nur einmal eine Einnahme in dieser Höhe erzielt worden ist. Die Korrektur auf 650.000 Euro scheint die zu erwartenden Einnahmen realistischer abzubilden, zumal die Menschen immer weniger Geld zum Ausgeben haben.  Einnahmen aus der Steuer in den letzten Jahren:  2019 655.000 2020 550.000 2021 550.000 2022 641.000 2023 550.000 2024 726.000 2025 640.000 2026 700.000

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>12</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
990010	Neutrales Ergebnis

<b>Konto</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
551010	Kontokorrentzinsen

<b>Betreff</b>	Erhöhung der geplanten Zinseinnahmen
----------------	--------------------------------------

<b>Beschlussstext</b>	
Der Ansatz für Zinseinnahmen wird von 400.000€ um 100.000€ auf 500.000€ erhöht.	

<b>Begründung</b>	
Der Ansatz für Zinseinnahmen sind trotz abschmelzender Rücklage zu gering angesetzt. Eine moderate Anhebung um 100.000€ erscheint noch immer möglich. Es können nach Ansicht der antragsstellenden Fraktionen 80% statt wie bisher 70% ertragssteigernd angelegt werden.	

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>13</b>
<b>Bezug Seite</b>			

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
020301	Kinder- und Jugendförderung

<b>Konto / Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
NEU	NEU

<b>Betreff</b>
<b>Kinderschutzprojekt Notinsel</b>

<b>Beschlussstext</b>
Die Stadt Dreieich tritt dem bundesweiten Kinderschutzprojekt „Notinsel“ der deutschen Kinderschutzstiftung Hänsel + Gretel bei. Für die Umsetzung dieses Projekts und die nötigen Materialkosten werden im Haushalt Mittel in Höhe von 1.000 € zur Verfügung gestellt.

<b>Begründung</b>
<p>Kindern und Jugendlichen sollen sich in Dreieich sicher fühlen – nicht nur auf dem Schulweg, sondern auch wenn sie sich allein in der Stadt bewegen. Das Projekt „Notinsel“ bietet Kindern im Falle von Bedrohung, Hilflosigkeit oder Gefahr einen erkennbaren Zufluchtsort.</p> <p>Als Projektträger müssen geeignete Notinseln gefunden und betreut werden und die Aktualität gewährleistet werden. Über Kontakte zu Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen soll die Notinsel bei Kindern bekannt gemacht werden (Vorstellung des Türaufklebers). Potenzielle Notinsel-Stellen müssen informiert und mit Material (u.a. Notinsel-Sticker) ausgestattet werden.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>14</b>
-----------------	-------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>209</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030101	Stadt- und Verkehrsplanung

<b>Konto / Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
100367	Einzelhandels- u. Zentrenkonzept

<b>Betreff</b>
Einzelhandels- u. Zentrenkonzept - Reduzierung der geplanten Summe

<b>Beschlusstext</b>
Der Betrag von 10.000 € wird auf 5.000 € reduziert

<b>Begründung</b>
In den vergangenen Jahren wurden die Mittel nicht benötigt. Sollte künftig eine entsprechende Notwendigkeit auftreten, kann die benötigte Summe über allgemeine Haushaltssmittel abgebildet werden.

**Antrag zum Haushaltsplan 2026**

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>15</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

**Bezug Seite**

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
30101	Stadt- und Verkehrsplanung

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
100700	B-Plan 2/82 K9 Kleingärten Bellung 1. Änderung

<b>Betreff</b>	Priorisierung im Bereich der Bebauungspläne
----------------	---

<b>Beschlussstext</b>
Für die Planung des möglichen Baugebietes Götzenhain Ost werden in den Haushalt 2026 50.000€ eingestellt.  Für die Planung des Bebauungsplans Hinter den Wingerten werden 20.000 € eingestellt.  Die Mittel für den Bebauungsplan 2/82 K9 Kleingärten Bellung werden von 45.000 € auf 20.000 € reduziert.

<b>Begründung</b>
In Dreieich ist nach wie vor Wohnraum knapp. Die Ressourcen im Fachbereich Planung und Bau sind ebenfalls knapp. Menschen Wohnraum anbieten zu können sollte daher eindeutig Priorität haben.

## Antrag zum Haushaltsplan 2025

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>16</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>196</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030101	Stadt- und Verkehrsplanung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
100431	<b>B-Plan 1/13 Neue Mitte Sprendlingen</b>

<b>Betreff</b>
<b>B-Plan 1/13 Neue Mitte Sprendlingen</b>

<b>Beschlussstext</b>
Die 7.000 Euro für die Entwicklung eines „urbanen Schwerpunktes“ werden gestrichen.

<b>Begründung</b>
In der Neuen Mitte konnten die vorgesehenen Baumpflanzungen nicht vorgenommen werden, Stichwort Tiefgarage. Nun sollen die Bäume an anderer Stelle gepflanzt werden – auf Kosten der städtischen Planung.
Es erscheint ziemlich naiv, im Zusammenhang mit z.Bsp. der Neuen Mitte von einem „neuen urbanen Schwerpunkt“ zu sprechen. Bei nüchterner Betrachtung handelt es sich um ein Betonareal, in dem u.a. sehr teure Wohnungen vermietet werden. Einkaufstechnisch gibt es einen schlecht angenommenen Bioladen und einen gut angenommenen Drogeriemarkt. Einziger Lichtblick könnte das Restaurant Nova sein? Baumpflanzungen hätten dem Areal gut getan, sind aber aufgrund der planerischen Umsetzung nicht möglich – die Gründe dafür liegen beim Investor.
Der Investor sollte in die Pflicht genommen werden und diese Kosten übernehmen.
Die finanzielle Lage der Stadt sollte Anlass sein, die Investoren insgesamt stärker in die Perspektiven der Weiterentwicklung einzubeziehen.

**Antrag zum Haushaltsplan 2025**

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>17</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>196</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030101	Stadt- und Verkehrsplanung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
100494	<b>B-Planung 1/17 Lettkaut Sportpark</b>

<b>Betreff</b>
<b>B-Planung 1/17 Lettkaut Sportpark</b>

<b>Beschlussstext</b>
Die Lettkaut-Position wird mit einem Sperrvermerk versehen. Die Freigabe durch den Hafif erfolgt nach erneuter Abwägung der Vor- und Nachteile für die Stadt durch Magistrat und Bauausschuss.

## Begründung

		09/2024		zwischen Rewe/ Salco / Stadt laufen.	
B-Plan 1/17 „Sport- und Bildungscampus Lettkaut“	03.01.01	Aufstellungsbeschluss Scoping-Termin (gemeinsamer Termin Träger öffentlicher Belange / Stadt)	19.09.2017 17.04.2018	Entwicklung eines Standortes für Sport- und Bildungseinrichtungen, Sicherung bestehender Vereinsanlagen	Vorbereitung der Planunterlagen zur erneuten Beteiligung der TÖB nach § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB Die Gutachten zum Lärmschutz, Arten- schutz, zur Entwässerung und zum Verkehr befinden sich in Fertigstellung. Die Ergebnisse fließen in den Entwurf des Bebauungsplanes ein.  Abstimmungsgespräch mit Oberer Naturschutzbehörde, Regierungspräsidium und Regionalverband am 07.05.2024 ergab,
		Frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange	19.07. - 23.08.2019		
		Aufhebung des HH-Sperrvermerks	23.02.2021		

September 2024

## Wichtige Planungs- und Bauprojekte der Stadt Dreieich

Seite 11 von 52

Projekt	zuständige Produkte	Projekthistorie	Datum	Ursprüngliches Ziel	aktueller Sachstand 09/2024
					dass nach Standortalternativen für die geplanten südlichen Parkierungsanlagen gesucht werden muss, da der Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet, wie in der bisherigen Planung vorgesehen, zu erheblich ist. Prüfung von Standortalternativen läuft. Nächstes Abstimmungsgespräch mit Eintracht soll am 28.08.2024 stattfinden.  Umlegungsverfahren: Die Anhörungsgespräche gem. §47 Abs. 1 BauGB wurden durchgeführt. Der einleitende Umlegungsbeschluss wird vorbereitet. Hierfür sind die Entwicklungen bezüglich des Standortes für die Parkierungsanlagen abzuwarten

Seit Jahren wird die Stadt mit den Planungen zu einem Sportpark beschäftigt.

Der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes stammt aus 08/2017 (Vorlage XVI/153). Das Vorhaben zieht sich hin, und Fortschritte sind trotz aller gelegentlich geäußerten Bekundungen von Seiten des Investors nicht erkennbar. Ein Antrag der Grünen, das Verfahren Sportpark von den Interessen der Vereine zu trennen, wurde abgelehnt. Es konnte bisher nicht glaubhaft vermittelt werden, dass es tatsächlich Fortschritte gibt.

Auch zwischenzeitlich gibt es keinen nennenswerten Erkenntnis- oder Projektfortschritt, siehe unten aktueller Stand *Wichtige Bau- und Planungsvorhaben*.

Aus Umweltschutzgründen ist es noch nicht einmal gelungen, die Parkplatzplanung voranzubringen. Es gibt noch immer keinen städtebaulichen Vertrag; der Beschluss zur Aufstellung eines Bebauungsplanes stammt aus dem Jahr 2017.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>18</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>196</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030101	Stadt- und Verkehrsplanung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
100564	Machbarkeitsstudie Sprendlingen Süd

<b>Betreff</b>
<b>Machbarkeitsstudie Sprendlingen Süd</b>

<b>Beschlusstext</b>
Die Haushaltsposition 100564 über 100.000 Euro wird gestrichen, das Projekt abgeplant.

<b>Begründung</b>					
Machbarkeitsstudie Sprendlingen-Süd	03.01.01	Geplant: Beauftragung eines Planungsbüros zur Beratung über empfohlenes weiteres Vorgehen.	02-04/2025	Die Möglichkeit der Entwicklung neuer Wohn- und Gewerbebauflächen soll geprüft werden.	sammengestellt: Erweiterung des hydrologischen Gutachtens für die Wohnbauflächen wurde beauftragt. Zurzeit laufen Vorabstimmungen mit der UNB

Seit Jahren wird nach einem Weg gesucht, insbesondere die Feuchtgebiet-Problematik zu lösen. Dass die Feuchtwasserproblematik sich in Zukunft nicht mehr stellt, ist nicht zu erwarten.

Vielmehr ist aufgrund des Klimawandels anzunehmen, dass das Themabrisanter wird. Das Gebiet kommt für eine irgendwie geartete Bebauung daher nicht in Frage und sollte auch aus ökologischen Gründen so belassen werden, wie es ist.

Auch vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage der Stadt sollten Konsequenzen und damit ein Schlussstrich gezogen werden. Die Beauftragung weiterer Gutachten etc. ist als reine Steuerverschwendungen einzustufen.

Grundsätzlich sollte der Ausbau der Versorgungs- und Mobilitäts-Infrastruktur in der Stadt Vorfahrt haben.

IN: aktueller Sachstand 06/2025 aus Sitzung 03.09.2025 BAU

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>19</b>
		<b>Bezug Seite</b>	<b>199</b>

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030201	Abwasserentsorgung

<b>Konto / Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
677909	Sonstige Beratung u. ähnliche Leistungen

<b>Betreff</b>
Kürzung der Mittel

<b>Beschlussstext</b>
Die beantragten Mittel werden von 120.000 € auf 80.000 € gekürzt.

<b>Begründung</b>
Der bisherige Mittelabfluss im Jahr 2024 liegt mit 46.835 Euro deutlich unter dem veranschlagten Ansatz. Eine Reduzierung auf 80.000 Euro trägt diesem tatsächlichen Bedarf Rechnung und verhindert eine unnötige Bindung von Haushaltsmitteln. Die Anpassung stellt weiterhin ausreichend finanzielle Ressourcen bereit, um notwendige Maßnahmen verlässlich umzusetzen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>20</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>204</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030202	Umwelt und Energiemanagement

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
783710	Zuschüsse für Umwelt- und Naturschutz

<b>Betreff</b>
<b>Haushaltsansatz “Fördertopf” im Sinne der Klima-Förderrichtlinie</b>

<b>Beschlussstext</b>
Im Haushalt 2026 werden 50.000 € Fördermittel im Sinne der Klima-Förderrichtlinie eingeplant.

<b>Begründung</b>
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Fördermittel stärken die Umsetzung der städtischen Klimaziele, reduzieren CO2-Emissionen vor Ort und unterstützen Bürgerinnen und Bürger in diesem Sinne.</li> <li>• Kosten-Nutzen und Hebelwirkung: Selbst kleinere Zuschüsse mobilisieren private Investitionen und erzeugen damit eine Wirkung.</li> <li>• Planungssicherheit und Kontinuität: Fortführung der Förderung — wenn auch in reduzierter Form — sorgt für Verlässlichkeit und Vertrauen in die politischen Gremien.</li> </ul>

**Antrag zum Haushaltsplan 2026**

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>21</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030202	Umwelt und Energiemanagement

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>

<b>Betreff</b>	Zusammenlegung von Stellen zu „Umweltmanager“
----------------	---

<b>Beschlusstext</b>
Es wird empfohlen, die beiden Stellen Klimafolgeanpassungsmanager und Klimaschutzmanager zu einer Stelle „Umweltmanager“ zusammenzulegen und die wegfallende Stelle mit einem kw-Vermerk zu versehen.

<b>Begründung</b>
Es überschneiden sich die Tätigkeitsfelder beider Stellen inhaltlich stark, insbesondere bei der Koordination von Klimaschutzmaßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit, Fördermittelmanagement und der Integration klimarelevanter Aspekte in die Stadtplanung. Eine Zusammenlegung ist daher angezeigt.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>22</b>
-----------------	-------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
	Unvorhergesehene Planungsleistungen

<b>Betreff</b>
<b>Sperrvermerk Unvorhergesehene Planungsleistungen</b>

<b>Beschlussstext</b>
60.000€ des Ansatzes für unvorhergesehene Planungsleistungen werden mit einem Sperrvermerk versehen. Der Sperrvermerk kann bei Bedarf durch den Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden.

<b>Begründung</b>
Für unvorhergesehene Planungsleistungen stehen weiterhin 50.000 Euro unmittelbar zur Verfügung. Dieser Betrag bietet ausreichend Spielraum, um kurzfristig notwendige Aufgaben abzudecken.  Die zusätzlichen 60.000 Euro werden mit einem Sperrvermerk versehen, sodass eine Freigabe nur bei tatsächlichem Bedarf erfolgt. Durch die Möglichkeit, den Sperrvermerk unkompliziert über den Haupt- und Finanzausschuss aufzuheben, bleibt die Verwaltung jederzeit handlungsfähig.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Faktion</b>	<b>CDU, SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>23</b>
		<b>Bezug Seite</b>	<b>210</b>

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsfläche

<b>Konto / Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
800657	Sanierung Gehwege Berliner Ring

<b>Betreff</b>
Streichung der Mittel

<b>Beschlusstext</b>
Der Haushaltsansatz von 190.000 € wird abgeplant.

<b>Begründung</b>
Im Zuge des Glasfaserausbau werden mittelfristig im gesamten Stadtgebiet umfangreiche Tiefbauarbeiten durchgeführt. Dabei werden zahlreiche Gehwege geöffnet und anschließend wiederhergestellt. Eine eigenständige Sanierung städtischer Gehwege parallel zu diesen Maßnahmen wäre weder wirtschaftlich noch sinnvoll, da frisch sanierte Bereiche kurzfristig erneut aufgerissen würden.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>24</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsfläche

<b>Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
NEU	Sanierung Schlesienweg

<b>Betreff</b>
Sanierung Schlesienweg

<b>Beschlussstext</b>
Es sind 5.000€ für die Sanierung des Schlesienwegs einzuplanen. Weiter wird der Magistrat beauftragt zusammen mit den Stadtwerken eine Planung für eine adaptive Beleuchtung auf der gesamten Strecke vorzulegen und die entsprechenden Kosten für den Haushalt 2027 einzuplanen

<b>Begründung</b>
Der stark genutzte Fuß- und Radweg stellt unter anderem die Verbindung vom Sprendlinger Norden zum Bahnhof Buchschlag her. Das letzte Teilstück in Richtung Buchschlag ist insbesondere bei schlechter Witterung schwer zu befahren. Darüber hinaus soll der Weg mittelfristig durch eine adaptive Beleuchtung besser nutzbar gemacht werden.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>25</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
800683	Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs
100463	Runder Tisch Radverkehr Ingenieur- und Architektenleistungen

<b>Betreff</b>	Radverkehr - Reduktion der Mittel
----------------	-----------------------------------

<b>Beschlusstext</b>	
	<p>Die Kosten für die individuellen Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs werden von 45.000 € auf 30.000 € reduziert.</p> <p>Weiterhin werden die Kosten für die Ingenieur- und Architektenleistungen von 45.000 € auf 25.000 € reduziert.</p>

<b>Begründung</b>	
	<p>Für das Jahr 2026 ist der Bau einer zweiten Fahrradstraße geplant. Im Hinblick auf die finanzielle Gesamtlage der Stadt sind auch Einsparungen an anderer Stelle notwendig. Der Runde Tisch Radverkehr hat insgesamt 45.000 Euro zur Verfügung. Im Lichte der haushälterischen Situation sollte auch dieser einen Beitrag zur Kostenreduktion leisten.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>26</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
700034	Begl. Maßnahmen Straßenbau

<b>Betreff</b>	Begl. Maßnahmen im Straßenbau – Reduktion der Mittel
----------------	--

<b>Beschlusstext</b>
Der Budgetansatz von 700.000 € wird in Höhe von 350.000 Euro mit einem Sperrvermerk versehen bis klar ist, ob und wie der Glasfaserausbau in Dreieich voranschreitet. Die Aufhebung kann durch den Haupt- und Finanzausschuss erfolgen.

<b>Begründung</b>
Aus der Begründung des Ansatzes wird nicht hinreichend deutlich, warum diese Höhe von Aufwendungen im Jahre 2026 (5.000 Quadratmeter) entstehen. Da noch feststeht ob und wie es hier weitergeht, werden die Mittel mit einem Sperrvermerk versehen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>27</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
601817	Behindertengerechter Ausbau Bushaltestellen

<b>Betreff</b>	Behindertengerechter Ausbau Bushaltestellen - Absenkung Budget
----------------	--

<b>Beschlussstext</b>	
Der Ausbau von behindertengerechten Bushaltstellen wird von 1.500.456 € auf 1.000.000 € abgesenkt.	

<b>Begründung</b>	
Der behindertengerechte Um- beziehungsweise Ausbau von Bushaltestellen ist in der Sache richtig und wichtig. Gleichwohl gehört diese Aufgabe zu der Vielzahl von Aufgaben, die die Kommunen aufgrund von Beschlüssen der übergeordneten Ebenen (EU und Bund) erfüllen müssen. Da gleichwohl nicht alle Maßnahmen gleichzeitig umgesetzt werden können, wird der Um- beziehungsweise Ausbau von Bushaltestellen gestreckt und der Haushaltsansatz dementsprechend halbiert.	

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>28</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
602183	2. Fahrradstraße von Rathaus nach Drh.

<b>Betreff</b>
Reduzierung Ansatz – 2. Fahrradstraße

<b>Beschlussstext</b>
Im Zuge der Herstellung der 2. Fahrradstraße werden keine zusätzlichen Gehwege entlang des Neurothweges von der Winkelsmühle zum Hainer Weg gebaut. Der Kostenansatz für 2026 wird um 330.000,- € reduziert.

<b>Begründung</b>
Der Neurothweg verläuft größtenteils im Außenbereich. Vor den Häuser Nr. 2 – 16 verläuft bereits ein Gehweg. Entlang der Nordostseite der Straße verläuft ein unbefestigter Fußweg der ausreicht, um die verstreuten vier Einfamilienhäuser im weiteren Verlauf der Straße fußläufig zu erschließen. Die Kosten für die Gehwege sind mit 280.000,- € angesetzt. Bei einer Reduzierung des Gesamtumfangs um 65 % ist auch von einer entsprechenden Reduzierung der Ingenieur- und Architektenleistungen um 50.000,- € auszugehen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>29</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>210</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030203	Öffentliche Verkehrsflächen

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
800658	Unterhaltung Radwegenetz

<b>Betreff</b>
<b>Erhöhung der Unterhaltssumme Radwegenetz</b>

<b>Beschlussstext</b>
„Der Investitionszuschuss für das Radwegenetz wird von 20.000 auf 30.000 Euro erhöht.“

<b>Begründung</b>
Der Unterhalt des Radwegenetzes ist in den letzten Jahren mit jeweils 30.000 Euro angesetzt worden. Diese Summe in Höhe von 20.000 Euro ist zu niedrig angesetzt insb. vor dem Hintergrund des Allgemeinzustandes der Radwege in Dreieich. Das beginnt bei Markierungen und endet bei Schlaglöchern.
Es geht aber auch in Richtung ordnungsgemäßem Winterdienst, z.Bsp. Im Abschnitt Fahrradstraße zwischen Bogen- / Brückenweg und Liebknechtsstraße, wo sich keiner um Glatteis kümmert.
Da das Radwegenetz in Dreieich wächst und nicht schrumpft, ist die Summe in Höhe von 20.000 zu niedrig auskömmlich.
Wer eine Verkehrswende haben möchte, der muss Geld bereitstellen, um den Bestand in einem guten Zustand zu setzen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2025

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>30</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>42</b>
--------------------	-----------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030206	Öffentliches Grün und Gewässer / DLB AöR

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
100565	Anschaffung zweier (Ersatz-)Sitzbänke

<b>Betreff</b>
<b>Anschaffung von zwei Sitzbänken für den öffentlichen Raum</b>

<b>Beschlussstext</b>
Für die Anschaffung von zwei neuen Sitzbänken werden 1.500 Euro zur Verfügung gestellt.

<b>Begründung</b>
Im Reuterpfad (Sprendlingen) wurden zwei Sitzbänke entfernt: 1. Ecke Reuterpfad/Schlesienweg, 2. etwas vorher im Reuterpfad nach dem Waldkindergarten, rechte Seite.
Da der Pfad gerne von auch von den Gästen im Ulmenhof besucht wird, vermissen insbesondere die Senioren Sitzmöglichkeiten. Aber auch andere Spaziergänger würden sich gerne mal setzen.
Aus diesem Grunde sollte die Anzahl der Bänke aufgestockt und nicht weiter abgebaut werden.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>31</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>231</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030301	Bauverwaltung und Liegenschaftsmanagement

<b>Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
600938	Grunderwerb/Tausch

<b>Betreff</b>
<b>Reduzierung des Ansatzes für Investition für Grundstücke</b>

<b>Beschlussstext</b>
Der Ansatz für den Erwerb und Tausch von Grundstücken wird von 500.000€ um 100.000€ auf 400.000€ reduziert.

<b>Begründung</b>
Der Haushaltsansatz für den Erwerb und Tausch von Grundstücken wird angepasst, um den aktuellen Bedarfen und der realistischen Umsetzbarkeit gerecht zu werden. In den vergangenen Jahren konnten die dafür vorgesehenen Mittel nur teilweise verausgabt werden, da Grundstücksgeschäfte in der Regel langfristig vorbereitet werden müssen und sich Verhandlungen häufig verzögern. Die vorgesehene Reduzierung um 100.000 Euro spiegelt diese Entwicklungen wider und trägt gleichzeitig zur Haushaltskonsolidierung bei.
Mit einem Ansatz von 400.000 Euro bleibt weiterhin ausreichend finanzieller Spielraum, um strategisch wichtige Flächen zu sichern, innerstädtische Entwicklung zu unterstützen und zukünftige städtebauliche Chancen wahrnehmen zu können. Die Maßnahme stellt daher eine verantwortungsbewusste Priorisierung dar, ohne die langfristige Handlungsfähigkeit der Stadt in Frage zu stellen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>32</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
030301	Bauverwaltung und Liegenschaftsmanagement

<b>Konto</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
530160	Verpachtung von Grundstücken

<b>Betreff</b>	Erhöhung der Mieten und Pachten
----------------	---------------------------------

<b>Beschlusstext</b>	
Der Magistrat wird beauftragt Maßnahmen zu entwickeln die die Einnahmeseite der Stadt im Bereich von Mieten und Pachten durch Nutzung von städtischen Flächen zu steigern. Hierzu gehören u.a. neue Mobilfunkstandorte und Flächen für Außenwerbung.	

<b>Begründung</b>	
Die Haushaltslage der Stadt kann sich auf Dauer nur verbessern, wenn es auch auf der Einnahmeseite neue oder höhere Einnahmen generiert.	

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>33</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>258</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
050103	Citymanagement

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
617911	Sachaufwendung bei Veranstaltungen

<b>Betreff</b>
<b>Reduzierung des Ansatzes Sachaufwendung bei Veranstaltungen</b>

<b>Beschlussstext</b>
Der Ansatz für Sachaufwendungen bei Veranstaltung wird von 59.800€ um 5.000€ auf 54.800€ reduziert. Die Mittel für die Winteraktion werden abgeplant.

<b>Begründung</b>
Vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage und dem Aufwuchs der Sachaufwendungen bei Veranstaltungen werden die Mittel für eine Winteraktion abgeplant.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>34</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>62</b>
--------------------	-----------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070201	Organisations- und Informationsmanagement

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
601342	Ersatzbeschaffung Serverausstattung

<b>Betreff</b>
Kürzung der Position Serverausstattung

<b>Beschlussstext</b>
Die Position Serverausstattung wird von 25.000 Euro auf 12.500 Euro gekürzt.

<b>Begründung</b>
Die Serverausstattung verschlingt seit Jahren Kosten, die rational nicht mehr nachvollziehbar sind, selbst unter dem Vorbehalt der Neuaufstellung der IT.
Selbst netzwerkanbietende Rechner in höheren Preissegmenten rechtfertigen die Höhe der Kosten nicht. Server rauchen auch nicht im Jahresrhythmus ab, sondern sind langlebige Investitionen.
Aufgefundene Beträge in früheren Haushalten, nicht vollständig:  2020 20.000 Euro 2021 32.000 Euro 2025 25.000 Euro 2026 25.000 Euro

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>35</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>159</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
	Alle Produktbereiche

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
683210	Telefon- und Faxgebühren

<b>Betreff</b>
Kürzung der Telefonkosten

<b>Beschlussstext</b>
Die Positionen Telefon- und Faxkosten in allen Produktbereichen werden auf die Höhe des Vorjahres reduziert angesetzt, dies unter Berücksichtigung von Personalzugängen.

<b>Begründung</b>
Dass keine nennenswerte Absenkung der Kosten für Telefon, Fax, DFÜ, Internet und Standleitungen möglich sein soll, erscheint uns nicht nachvollziehbar, da die Preise der Anbieter seit Jahren nur eine Richtung kennen: die nach unten.
Ein Beispiel: Der FB Bürger und Ordnung verbucht für 2025 Euro 750 Euro Kosten, für 2026 im Ansatz 1.300 Euro.
Steigerungen in dieser Höhe sind für uns nicht mehr nachvollziehbar und den Steuerzahlern nicht zu vermitteln.
In der Blätterrunde konnte dazu keine plausible Erklärung gegeben.
Die auffälligen Positionen siehe diese Exceltabelle:

		2025	2026	Seite
010201	Straßen- und Verkehrssicherheit	1980	5050	144
010202	Allgemeine Prävention und Gefahrenabwehr	125	500	148
0102924	Gewerbe und Gaststätten	100	500	156
01	Bürger und Ordnung	750	1300	159
020102	Wohnraumversorgung	980	1250	168
020210	Beratung und Einzelfallhilfe	1200	1500	172
020202	Quartiers- und Integrationsarbeit	8350	9430	177
020301	Kinder- und Jugendförderung	2188	2698	181
030202	Umwelt und Energiemanagement	400	2370	204
030203	Öffentliche Verkehrsflächen	900	1150	208
040201	Kinderbetreuung	15.160	18.050	243
05	Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	700	960	261
07	Verwaltungssteuerung und Service	2070	2340	329
080104	Sport- und Freizeitanlage	1300	1490	346
Dezernat 2		560	900	355

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>36</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070301	Personalservice

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
660100	Aufwendung für Personaleinstellungen

<b>Betreff</b>
<b>Reduzierung Aufwendungen für Personaleinstellungen</b>

<b>Beschlusstext</b>
Der Ansatz für die Aufwendungen für Personaleinstellungen wird von 150.000€ um 50.000€ auf 100.000€ reduziert.

<b>Begründung</b>
Die im Haushaltsentwurf vorgesehene Höhe der Aufwendungen für Personaleinstellungen verdoppelt sich im Vergleich zum Ist 2024. Im Jahr 2024 wurden rund 72.000 Euro verausgabt, womit der bisherige Ansatz deutlich unterschritten wurde.  Die Anpassung auf 100.000 Euro stellt weiterhin eine spürbare Erhöhung gegenüber dem Ist 2024 Vorjahr dar und gewährleistet ausreichend finanzielle Flexibilität, um notwendige Personalmaßnahmen umzusetzen. Angesichts der aktuellen Haushaltsslage erscheint der Betrag ausreichend.

**Antrag zum Haushaltsplan 2026**

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>37</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>300</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070301	Personalservice

<b>Konto</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
670304	Miete von Software

<b>Betreff</b>	Sperrvermerks - Recruiting Tool
----------------	---------------------------------

<b>Beschlussstext</b>
Der Ansatz von 70.000 € für das Recruiting Tool onlyfy 360 wird mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser kann von Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden, wenn nachgewiesen wurde, dass die Software sinnvolle Ergebnisse bringt.

<b>Begründung</b>
Bisher konnte nicht nachgewiesen werden, dass der Einsatz dieser Software zu einer maßgeblich besseren Stellenbesetzung geführt hat.

## Antrag zum Haushaltsplan 2025

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>38</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070302	Personalentwicklung

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
677909	Sonstige Beratung und ähnliche Leistungen

<b>Betreff</b>
Mitarbeiterbefragung

<b>Beschlusstext</b>
Der Magistrat wird beauftragt, einen Personalberater mit einer Untersuchung der Personalfluktuation und Mitarbeiterzufriedenheit in der Kernverwaltung (ohne Gesellschaften) zu beauftragen. Aufgabe ist eine anonymisierte Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die u.a. Fragen der Arbeitssituation, der Arbeitsorganisation, der internen Zusammenarbeit, sowie der Zufriedenheit und Commitment mit den Arbeitsbedingungen beinhalten soll.
Die Ergebnisse sollen nach Fachbereichen aufgearbeitet werden. Ein entsprechender Bericht ist der Stadtverordnetenversammlung bis Ende Q2/2026 vorzulegen.
Für die Untersuchung werden 50.000€ aus dem Haushalt 2025 übertragen, da mit den bereitgestellten Mitteln nichts passiert ist.

<b>Begründung</b>
Da bis zu den Haushaltsberatungen 2025 noch keine Ergebnisse zum Haushaltsantrag Lfd. Nr. 55 aus 2021 vorliegen, stellt die Koalition aus CDU, SPD und FWG den entsprechenden Haushaltsantrag erneut. Die damalige Begründung gilt weiterhin.  Es gibt immer wieder Berichte zu Personalfluktuation und Arbeitssituation in der Verwaltung. Um hier eine objektive Diskussionsgrundlage zu erhalten, hält die Koalition aus CDU, SPD und FWG eine anonyme Befragung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kernverwaltung für einen guten Einstieg in eine genaue Analyse.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU,SPD und FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>39</b>
-----------------	------------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>
--------------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
	alle Produktbereiche

<b>Konto bzw. Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
664000	Aufwendungen für Fort- und Weiterbildung

<b>Betreff</b>
<b>Reduzierung Aufwendung für Fort- und Weiterbildungen</b>

<b>Beschlussstext</b>
Der Ansatz Aufwendungen für Fort- und Weiterbildungen wird um 40.000€ auf 400.000 reduziert.

<b>Begründung</b>
Der vorgesehene Ansatz für Fort- und Weiterbildungen steigt im Haushaltsentwurf von 311.000 Euro im Vorjahr auf 440.000 Euro deutlich an. Ein erheblicher Teil der geplanten Mittel entfällt z.B. auf Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Kindertagesbetreuung. In diesem Bereich sind jedoch zahlreiche Stellen weiterhin unbesetzt, sodass entsprechende Fortbildungsangebote evtl. gar nicht vollständig in Anspruch genommen werden können.
Die Reduzierung auf 400.000 Euro stellt weiterhin eine erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr dar. Damit bleibt die Stadt handlungsfähig, um notwendige Qualifizierungen zu ermöglichen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>40</b>
<b>Bezug Seite</b>			

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070401	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

<b>Konto</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
687110	Aufwendungen für Werbung

<b>Betreff</b>	Sperrvermerk – Ansatz 50 Jahre Dreieich 2027
----------------	--

<b>Beschlussstext</b>
Der Ansatz für 50 Jahre Dreieich 2027 in Höhe von 25.000 Euro wird mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser kann durch den Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden, wenn eine Konkretisierung vorgelegt wurde.

<b>Begründung</b>
Vor Vorlage einer Konkretisierung kann keine pauschale Mittelbereitstellung erfolgen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>41</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	<b>111</b>
--------------------	------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
070802	Verwaltungsservice

<b>Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
602306	Wasseraufbereitungssystem

<b>Betreff</b>
<b>Streichung Investition Wasseraufbereitungssystem</b>

<b>Beschlussstext</b>
Die Position Wasseraufbereitungssystem 11.500 Euro wird gestrichen.

<b>Begründung</b>
Vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Lage der Stadt Dreieich ist die Investition den Steuerzahlern nicht vermittelbar. Im Blätterausschuss wurde begründet, dass WASe eine Ersparnis darstellten im Vergleich zum Kauf von Wasserkästen.
Das ist aber ein Irrtum, wenn man Wasser von Noname-Marken oder günstigen Anbietern – auch in größeren Angebinden - wählt, deren Produkte nicht minder gut sind.
Wasseraufbereitungssystem verursachen außerdem Folgekosten. Die Argumentation im Blätterausschuss konnte nicht überzeugen.

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>CDU, SPD, FWG</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>42</b>
-----------------	----------------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	
--------------------	--

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
080104	Sport- und Freizeitanlagen

<b>Auftrag</b>	<b>Kontenbezeichnung</b>
602349	Bewegungsräume
100688	Dreieich.bewegt.sich

<b>Betreff</b>	Bewegungsraum „Trimm-Dich“ abplanen  Sperrvermerk für weitere Bewegungsräume und Dreieich.bewegt.sich
----------------	---

<b>Beschlussstext</b>	
	<p>Die Mittel (30.000 Euro) für die Schaffung eines Bewegungsraums zwischen Offenthal und Götzenhain, der im Sinne der alten “Trimm-Dich”-Idee Stationen zur selbsttätigen sportlichen Nutzung vorhält, werden abgeplant.</p> <p>Die weiteren Ansätze für die Bewegungsräume und Dreieich.bewegt.sich werden mit einem Sperrvermerk versehen. Dieser kann von Haupt- und Finanzausschuss aufgehoben werden, wenn die einzelnen Projekte vorgestellt wurden.</p>

<b>Begründung</b>	
	<p>Die gegenwärtige Haushaltslage erfordert eine Konzentration der städtischen Mittel im Sinne der Reduzierung der Gesamtausgaben. Die Schaffung eines “Bewegungsraumes” zwischen Offenthal und Götzenhain erscheint daher verzichtbar, da hier der Raum für Bewegung ohnehin gegeben und die Aufstellung von Sportgeräten keine zusätzlichen, gesundheitsfördernden Effekte hätte.</p> <p>Vor Vorlage der jeweiligen Konkretisierungen kann keine pauschale Mittelbereitstellung erfolgen.</p>

## Antrag zum Haushaltsplan 2026

<b>Fraktion</b>	<b>BfD</b>	<b>Lfd. Nr.</b>	<b>43</b>
-----------------	------------	-----------------	-----------

<b>Bezug Seite</b>	S.66 und S. 111
--------------------	-----------------

<b>Produktnummer</b>	<b>Produktbezeichnung</b>
080104	Kultur, Sport und Freizeit

<b>Auftrag</b>	<b>Bezeichnung</b>
602349	Bewegungsräume

<b>Betreff</b>
<b>Schieben Investition Bewegungsräume</b>

<b>Beschlussstext</b>
Die Position Bewegungsräume - 59.000 Euro - wird auf das nächste Haushaltsjahr geschoben.

<b>Begründung</b>
Die Dreieicher Sportstätten sind teilweise in einem nicht sehr guten Zustand. Es gab Investitionen zum Beispiel in (teure) Kunstrasenplätze oder auch Bemühungen, durch Zusammenlegung von Vereinen, Effizienzgewinne zu erzielen.
Die Revitalisierung der Sportanlage Maybachstraße und der Sportplatz Rheinstraße (jeweils 50.000 Euro) erscheinen sinnvoll, da Bestandsplätze in ihren Grundzügen fit gemacht werden sollen.
Etwas anderes ist jedoch ist das auch im Fachausschuss vorgestellte Konzept Bewegungsräume, das im Rahmen einer Bürgerbeteiligung vor Ort eröffnet worden ist. Hier gilt: Nice to have aber kein Must have. Große und umfassende Konzepte sind schön, werden von allen gewünscht und gefordert, aber am Ende weiß keiner, wer sie bezahlen soll. Es steht zu befürchten, dass die Bevölkerung sehr enttäuscht werden wird im Hinblick auf das, was tatsächlich umsetzbar ist.
Die Realisierung wesentlicher Kernprojekte ist schlicht vordringlicher.
Es braucht einen funktionsfähigen Sportplatz mit einer Laufbahn, alles weitere wird umgesetzt, wenn Geld da ist (Förderer, Sponsoren).
Vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Lage der Stadt Dreieich ist die Höhe der Investition den Steuerzahldern nicht vermittelbar, vor allen Dingen mit Blick auf die euphemistische Projektbeschreibung: „Zur Herstellung von Bewegungsräumen im Stadtgebiet sind insgesamt 59.000 € vorgesehen. Davon sind 30.000 € für die Errichtung von bewegungsanimierenden Lauf- und Walkingstrecken angedacht, 5.000 für die Anschaffung einer Fitnessbank und 5.000 für Lern- und Bewegungspfade. Weiterhin sind zur Entlastung der Sportplatzflächen im Trainingsbetrieb 20.000 € für die Errichtung von Trainings- und Bewegungsstationen ein gestellt.